

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 114. Ratssitzung vom 7. März 2012**

### **2403. 2011/326**

**Weisung vom 14.09.2011:**

**Stadtentwicklung, Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing, Weiterführung  
Beitrag von Fr. 250 000.– pro Jahr für die Jahre 2012 bis 2015**

Antrag des Stadtrats

Der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing wird für die Jahre 2012 bis 2015 ein jährlicher Beitrag von Fr. 250 000.– ausgerichtet.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Claudia Simon (FDP):** Die Stiftung GZA vermarktet den Wirtschaftsraum Zürich international und unterstützt den Ansiedlungsprozess von neuen ausländischen Firmen im Grossraum Zürich. Seit 2000 hat der Gemeinderat den Beitrag an die GZA immer unterstützt. Die GZA wird auch durch die Kantone Glarus, Graubünden, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn und Zürich finanziert, privat von mehreren grösseren und mittleren Firmen. Nach wirtschaftlich unruhigen Zeiten, negativen Schlagzeilen, dem Austritt des Kantons Aargau sowie beunruhigenden Studienergebnissen mussten die bestehende Strategie und die Organisation hinterfragt werden. Dies führte zu einer Erneuerung der Strategie und einer neuen Zusammensetzung des Verwaltungsrates mit einem neuen Präsidium. Der Markt wurde geografisch eingeschränkt, die Tätigkeitsbereiche der Stiftung beschränken sich auf die USA und China. Länder wie Indien, Japan, Brasilien und Russland wurden bewusst aufgegeben. Europa wird nur noch in Zusammenarbeit mit personellen Ressourcen der Kantone bearbeitet. Ausserdem fokussiert sich die Stiftung auch auf bestimmte Gruppen von Unternehmungen: Präzisionstechnologie wie Elektro- und Präzisionsgeräte, Cleantech, Medtech usw. Diese neue Fokussierung führt zu einem besseren Ressourcenpooling und strategischen Partnerschaften. Die GZA befindet sich mit der neuen Strategie wieder auf dem richtigen Pfad. Die internationale Bekanntmachung von Zürich als Top-Wirtschaftsstandort garantiert einen kontinuierlichen Zufluss von ausländischen Ansiedlungsprojekten. Der Zuzug von ausländischen Firmen schafft neue Arbeitsplätze im Grossraum Zürich und generiert wesentlich höhere Steuereinnahmen. Eine Fortführung der Organisation ist nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Die neue Leitung und die Neuausrichtung sollen eine Chance erhalten.

**Isabel Garcia (GLP):** Zahlreiche Argumente sprechen gegen die finanzielle Unterstützung der GZA durch die Stadt Zürichs. Ich werde mich auf drei Argumente konzentrieren. Erstens: Die Gremieninflation. Im Bereich der Wirtschaftsförderung und Standortpromotion gibt es inzwischen eine grosse Fülle von Stiftungen, Vereinen und Institutio-

nen wie die GZA, die Osec, die Regionalplanung, der Metropolitanraum oder die Standortförderung des Kantons. Wirft man einen genaueren Blick auf die Tätigkeiten dieser Institutionen, sind ihre Aufgaben nicht ersichtlich. Die Osec und die GZA betreiben beide Standortförderung und Wirtschaftspromotion im Ausland. Die GZA fokussiert sich gemäss der neuen Strategie ausgerechnet auf zwei der sieben Märkte, die bereits von der Osec abgedeckt werden. Überschneidungen sind hier die Regel, Unklarheiten über Zuständigkeiten vorprogrammiert. Das ist ineffizient und eine Verschwendung der Steuergelder. Zweites Argument: Dürrtige Resultate und fragliche Erfolgsgeschichten. Die bisher erzielten Resultate überzeugen nicht. In der Weisung wird zwar erwähnt, dass im Zeitraum 2009 und 2010 insgesamt 205 Unternehmen im GZA-Raum angesiedelt werden konnten. Bei genauerer Betrachtung des Jahresberichtes wird jedoch ersichtlich, dass von diesen 205 Unternehmen nur 61 Ansiedlungen der GZA zu verdanken sind. Bei den anderen Unternehmen haben die relevanten Kantone kräftig mitgearbeitet. Bei einem Budget von 19 Mio. Franken können im Zeitraum von 2006 bis 2010 demnach insgesamt nur 165 direkte Ansiedlungen auf die GZA zurückgeführt werden. Die Rede ist hier nur von Promotionskosten, die die Unternehmen dazu bewegen sollen, in die Schweiz zu kommen. Das macht eine stolze Summe von über 100 000 Franken allein für die Standortpromotion pro Ansiedlung. Jede Woche werden in der Stadt Zürich Dutzende von Unternehmen gegründet – ganz ohne Standortpromotion. Die sehr gute Lage, die exzellente Infrastruktur und gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind ausschlaggebend. Drittes Argument: Es bestehen generelle Zweifel gegenüber der Notwendigkeit einer forcierten Standortförderung im klassischen Sinn. Ein grosser Teil des Rates ist gegenüber dieser Art von Standortmarketing skeptisch. Angesichts der dynamischen Entwicklung des Raumes Zürich in den letzten Jahren ist es fraglich, ob wirklich noch forcierte Standortförderungsmassnahmen notwendig sind. Ein namhafter Teil dieses Rates ist der Auffassung, dass die Wirtschaft generell grüner gestaltet werden soll und wünscht sich eine gezielte Ausrichtung auf grüne Unternehmen und entsprechende Rahmenbedingungen in der Stadt. Eine grünere Wirtschaft bedeutet aber nicht, dass zum Beispiel Cleantech-Unternehmen von weither nach Zürich übersiedeln müssen, sondern, dass lokale Innovationskräfte und Märkte im Zentrum der Bemühungen stehen, Marktanteile gewonnen werden und die lokalen grünen Unternehmen gefördert werden. Dafür ist die GZA die falsche Institution.

Weitere Wortmeldungen:

**Christina Hug (Grüne):** Die grüne Fraktion lehnt die Weisung ab. Die GZA versucht, Zürich in China und in den USA als attraktiven Wirtschaftsstandort zu vermarkten und Firmen nach Zürich zu locken. Eine solche Organisation mit städtischen Steuergeldern zu alimentieren, erscheint uns nicht sinnvoll. Zürich ist aufgrund der Lage, der sehr guten Infrastruktur und der ausgezeichneten Rahmenbedingungen ausserordentlich attraktiv. Firmen siedeln sich hier tatsächlich sehr gerne an. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass diese Ansiedlungen vor allem auf die Tätigkeit der Stiftung GZA zurückzuführen sind. Ich schliesse mich hier den Ausführungen von Isabel Garcia (GLP) an. Die Stadt stellt sich zwar auf den Standpunkt, dass die Beteiligung an der Stiftung GZA der Stadt mehr einbringt als sie koste. Sie kann diese Aussage aber nicht mit konkreten Zahlen

belegen. Im Übrigen haben vermehrte Ansiedlungen von internationalen Firmen nicht nur positive Auswirkungen. Was sind die Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt oder das lokale Gewerbe? Über solche Zusammenhänge sollte mehr bekannt sein. An der Stiftung ist auch störend, dass sie darauf ausgerichtet ist, das Spiel mit dem globalisierten Wirtschaftswachstumszwang mitzuspielen. Die GZA sollte sich künftig für eine regional, umweltgerecht und sozial ausgerichtete Wirtschaftsweise einsetzen. Wir stören uns zudem an der Nähe der GZA zur Osec. Der städtische Beitrag an die GZA fließt zwar de jure nicht an die Osec, de facto erhält die Osec jedoch Geld aus der GZA, indirekt wiederum von der Stadt. Auch sonst sind die beiden Organisationen recht stark miteinander verflochten. Die Osec unterstützte letztes Jahr unter anderem den Auftritt von Schweizer Rüstungskonzernen an einer Waffenmesse in Abu Dhabi. Mit der Finanzierung einer solchen Organisation möchte ich weder direkt noch indirekt etwas zu tun haben.

**Jean-Claude Virchaux (CVP):** Aufgrund der Neuausrichtung der GZA sind wir bereit, die 250 000 Franken pro Jahr bis 2015 zur Verfügung zu stellen. Die GZA muss sich aber wirklich an die Neuausrichtung und die Fokussierung halten. Im Rahmen der Neuausrichtung wird nun endlich auch der Austausch zwischen den verschiedenen anderen Wirtschaftsförderungsinstitutionen institutionalisiert. Das ist zwingend notwendig. Die Institutionen müssen ihre Tätigkeiten aufeinander abstimmen. Zürich muss den Standort fördern. Die internationalen Unternehmungen, die sich in Zürich ansiedeln, sind positiv für den Standort. Bei der Evaluation im Jahre 2015 müssen allerdings auch die kritischen Aspekte der Ansiedlungen erörtert werden. Die GZA hat eine Chance verdient, muss aber auch den Beweis erbringen, dass sie diese Chance wahrnimmt.

**Bruno Amacker (SVP):** In den Geschäftsberichten und Rechenschaftsberichten der GZA sind seltsame Erwähnungen zu finden. So etwa, dass die erfolgreiche Ansiedlung der Firma Solyndra, einer schnell wachsenden Cleantech-Firma, im Raum Zürich einer der grössten Erfolge im vergangenen Jahr gewesen sei. Doch über die am 23.12.2010 gegründete Firma Solyndra wurde neun Monate später der Konkurs eröffnet, die Gesellschaft wurde aufgelöst. Gegen das Mutterhaus in den USA wurde gar eine Untersuchung durch das FBI eröffnet. Der Hauptfokus der GZA soll auf der Cleantech-Branche und den USA liegen. Die Cleantech-Branche in den USA weist mittlerweile einen Bankrott nach dem andern auf. Mit den USA selbst Geschäfte zu machen, ist auch nicht zukunftsträchtig. Gleichzeitig zieht sich die GZA aus Ländern wie Brasilien oder Russland zurück. Die Strategie, die Art und Weise der Arbeit und die Schwerpunkte der GZA wecken bei der SVP grosse Bedenken.

**Dr. Richard Wolff (AL):** Die AL unterstützt die meisten bereits genannten kritischen Punkte. Allerdings sind wir nicht dagegen, dass sich neue Firmen und Arbeitskräfte im Raum Zürich ansiedeln. Das ist eine Bereicherung für das Leben in unserer Stadt. Doch dieser Prozess muss nicht unterstützt werden, indem internationale Headquarters nach Zürich gelockt werden. Geld dafür auszugeben, dass Firmen hierher kommen, die ohnehin nach Zürich kommen würden, ist eine überflüssige Aufgabe und letztlich nichts als eine Subventionierung von privaten Firmen. Wir lehnen es ab, dass diesen Firmen geholfen wird, ihren Standort und schliesslich auch ihre Steuern zu optimieren. Das ist keine staatliche Aufgabe.

**Christoph Spiess (SD):** In der Weisung ist oft von Umfokussierung die Rede. Aber die grundsätzliche Frage lautet doch: Leidet Zürich an der Schwierigkeit, ein unattraktiver Standort zu sein? Diese Tatsache wäre mir neu. Die Anziehungskraft unserer Stadt und der gesamten Agglomeration ist so gross, dass der Siedlungsdruck auf die Landschaft im Grossraum Zürich ständig zunimmt. Die Zerstörung der Landschaft und der natürlichen Lebensgrundlagen hat bedenkliche Ausmasse angenommen. Der unbebaute Boden wird immer kleiner und die Bevölkerung immer grösser. Es gibt keine Anzeichen für eine Bremsung. Das Zerstörungswerk schreitet trotz angeblicher Wirtschaftskrise fort. Die SD begrüsst das Postulat der SP. Es ist jedoch nicht konsequent, wenn die SP der Weisung zustimmt. Im Postulat der SP wird zu Recht auf die schädlichen Folgen der Dauerwachstumspolitik in den Bereichen Wohnungsmarkt, Bildungswesen, Überlastung der Verkehrsinfrastruktur etc. hingewiesen. Auf der Seite der Wirtschaft wird ständig über Mangel an Facharbeitskräften geklagt. Welchen Sinn macht es, wenn man dann noch Steuergelder dafür ausgibt, um Unternehmungen nach Zürich zu holen und noch mehr Arbeitsplätze zu generieren? Wenn die jetzt Arbeitslosen durch diese Firmen wieder in den Arbeitsmarkt gelangen würden, würde dies Sinn machen. Doch die Unternehmungen holen dank der Personenfreizügigkeit viel billiger fertig ausgebildetes und gut qualifiziertes Personal nach Zürich. Dieser Bevölkerungszuwachs bringt mehr Steuereinnahmen, aber auch enorme Infrastrukturaufwendungen. Diese wiegen viel schwerer als die Steuereinnahmen. Das Resultat ist demnach auch finanzpolitisch ein klassisches Eigentor. Standortförderung mag für Kantone, die mit Abwanderung zu kämpfen haben – Glarus, Appenzell Innerrhoden oder Jura – sinnvoll sein, aber nicht in einer wirtschaftlich völlig übernutzten Agglomeration wie dem Raum Zürich.

**Dr. Jean-Daniel Strub (SP):** Die SP wird der Weisung zustimmen. Doch es handelt sich dabei um ein pragmatisches Ja. Jean-Claude Virchaux (CVP) erwähnte bereits viele der Argumente. Ich möchte nur wenige Punkte ergänzen. Standortförderungsmaßnahmen sind ein Faktum. Es ist etwas kurzsichtig, zu behaupten, das sei seit jeher der falsche Ansatz. Natürlich ist es nachvollziehbar, wenn man heute sagt, Standortförderung sei nicht wirklich zwingend. Doch Tatsache ist: Es wird Standortförderung betrieben und es ist bis zu einem gewissen Grad auch eine Notwendigkeit, bei der Positionierung eines Wirtschaftsstandortes mitzuwirken. Deshalb sind wir aus pragmatischer Sicht der Meinung, dass es die Koordination der GZA braucht, besonders bei kleinräumigen Strukturen, wie wir sie in der Schweiz kennen, auf kleinräumiger Ebene, bei kleinräumiger Konkurrenz. Durch die Ansiedlung werden nicht nur Arbeitsplätze in die Schweiz importiert. Es werden auch in der Schweiz Arbeitsplätze geschaffen. Daneben hat die Stadt Zürich Interesse an einer gewissen Diversifizierung der wirtschaftlichen Unternehmen, die im Grossraum Zürich und in der Stadt Zürich die Wirtschaftsleistung erbringen. Es ist durchaus konsequent, wenn Unternehmungen, die einen Beitrag zur Diversifizierung leisten können, mit den richtigen Rahmenbedingungen unterstützt werden. Aus diesem Grund erachten wir es als richtig, heute Abend nochmals den Beitrag der Stadt Zürich an die GZA zu sprechen. Das von uns eingereichte Begleitpostulat unterstreicht, dass wir weder die Angelegenheit der GZA noch die kritischen Nebeneffekte blauäugig betrachten. Die Auswirkungen der Tätigkeiten der GZA müssen ausgewiesen werden und erst mit einem Bericht werden wir über die Beurteilungsgrundlagen verfügen, wenn wir das nächste Mal über den Beitrag diskutieren. Die SP wird dem Antrag zustimmen, die weitere Tätigkeit der GZA jedoch kritisch begleiten.

**Michael Baumer (FDP):** In diesem Rat wird wiederholt der Wunsch nach einer Differenzierung in der Wirtschaft geäußert. Doch wenn sich eine Organisation dafür einsetzt, stellt man sich dagegen. Die von der Minderheit erwähnten Organisationen sollen selbstverständlich zusammenarbeiten, haben jedoch unterschiedliche Ausrichtungen. Es wurde nicht erwähnt, dass es eine Strategieentwicklung gab. In diesem Bereich ist nicht alles messbar. Die Minderheitsreferentin kritisierte, dass von den 205 erfolgreichen Abschlüssen die Mehrheit nur in Zusammenarbeit mit den Kantonen zustande gekommen sei. Doch genau das streben wir an: eine Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen. Oft wurde behauptet, dass Zürich kein Standortmarketing benötige. Doch wenn wir hier gute Infrastrukturen aufbauen, muss dies auch verkündet werden. Die Ziele werden in der Wirtschaft täglich neu gesetzt. Standortförderung ist eine ständige Herausforderung und kann nicht erst eingesetzt werden, wenn es nicht mehr gut läuft. Es geht um nachhaltige Entwicklung.

**Simon Kälin (Grüne):** Die Frage lautet: Ist das momentane Standortmarketing der GZA tatsächlich zielfördernd und erhalten wir genügend Erfolgswachstum? Wir haben keine konkreten Zahlen erhalten. Das Thema heute weist zahlreiche Analogien mit einem bekannten historischen Schiffsunglück auf. Beim Untergang der Titanic waren nicht genügend Rettungsboote vorhanden. Der Besatzung fehlte die Erfahrung im Umgang mit einer derartigen Krisensituation. Auch unsere Wirtschaft ähnelt einem grossen Schiff. Am Kurs tragen wir alle eine Mitverantwortung. Dies gilt auch für die Weisung über die Weiterführung des städtischen Beitrages an die GZA. Bei der Beurteilung der Weiterführung des städtischen Beitrages an die GZA sind aus grüner Sicht grundsätzliche Fragen von Bedeutung: Wo stehen wir heute mit der Wirtschaft? Und wohin soll sich die Zürcher Wirtschaft in Zukunft entwickeln? Wollen wir eine Wirtschaft, die uns allen dient, die uns als Individuen anerkennt und weiterbringt und somit ein Instrument für den Fortschritt im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung ist? Oder wollen wir eine Wirtschaft, von der nur ganz wenige profitieren, mit fatalen Folgen für Mensch und Umwelt? Wir wollen das Schiff der Wirtschaft auf Kurs bringen, bevor es wieder mit einem Eisberg kollidiert. Zumindest die lokale Wirtschaft soll nachhaltig gestaltet werden. Aus der Verantwortung für die Mitwelt und Nachwelt wollen wir Grüne eine notwendige Kurswende in Richtung Kreislaufwirtschaft einleiten: Mit dem Ausstieg aus der Atomenergie durch eine auf neuen Energiequellen basierende Energieversorgung, durch die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft, durch eine nachhaltige, biologisch ausgerichtete, tierfreundliche Landwirtschaft.

**Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP):** Zürich braucht Firmen. Es werden Arbeitsplätze und Steuergelder generiert. Es braucht eine Diversifizierung der Steuererträge. Wir brauchen hier Know-how. Es wird immer von guten Rahmenbedingungen gesprochen. Ein wesentlicher Punkt ist die Vernetzung. Genau für diese Aufgabe sind Stiftungen geeignet. Die GZA könnte eines dieser Instrumente sein. Wir unterstützen die Neuausrichtung und werden auch das Postulat der SP zur Untersuchung der negativen Begleiterscheinungen unterstützen. Zum heutigen Zeitpunkt aus der GZA auszusteigen, hätte für die in der GZA verbleibenden Partner enorme Folgen. Das können wir als EVP momentan nicht verantworten.

**Samuel Dubno (GLP):** Im Rat besteht eine grosse Einigkeit darüber, dass Zürich eine tolle Stadt ist, die ausgezeichnete Rahmenbedingungen bietet. Wir sind der Überzeugung, dass dies der Hauptgrund ist, warum Unternehmen nach Zürich übersiedeln, und nicht die Bemühungen der GZA dafür verantwortlich sind. Bei der Mercer-Studie belegt Zürich den zweiten Platz. Eine solch gute Position ist ein wesentlich besseres Standortmarketing als das, was die GZA produzieren kann.

**Roger Liebi (SVP):** Ich habe immer an die GZA geglaubt, sie vertreten, jedoch auch jedes Mal kritisiert, dass die Folgen der Tätigkeiten der GZA nicht bekannt sind. Die Anzahl der nach Zürich kommenden Firmen war immer bekannt, nicht aber die Folgen dieser Ansiedlung. Wir haben diese Informationen leider auch dieses Mal nicht erhalten. Bekannt ist lediglich die Anzahl Firmen und deren Mitarbeiter. Trotz mehrfacher Nachfrage erhielten wir keine zusätzlichen Informationen. Solange hier keine Transparenz geschaffen wird, kann ich nicht zustimmen. Die neue Führung hat die Chance, diesen Zustand zu verbessern. Es werden mehr Daten benötigt: Wie nachhaltig sind die Tätigkeiten der GZA? Was bringt die GZA für die Stadt Zürich? Was bringt sie steuerlich? Wo arbeiten die Personen, die durch die GZA neue Arbeitsplätze finden? Diese Fragen wurden bisher nie beantwortet.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Es wurden nun sehr bunte Argumente vorgebracht. Teilweise scheint eine grosse Kurzsichtigkeit zu herrschen. Vielen Ratsmitgliedern ist offenbar nicht mehr präsent, wie die Situation in der Stadt Zürich und auch in diesem Rat in den 90er-Jahren aussah. Noch vor nicht langer Zeit wurde hier Sparpaket um Sparpaket geschnürt. Sich nun auf den Lorbeeren ausruhen zu wollen, wäre schlicht eine Fehleinschätzung der Situation. Im Zuge der Reorganisation der GZA wurden verschiedene Untersuchungen durchgeführt. Diese zeigen, dass in den letzten vier Jahren die Absichten von multinationalen Unternehmungen, künftig weiterhin in der Schweiz investieren zu wollen, deutlich abgenommen haben. Im Gegenteil: Es überlegen sich immer mehr Unternehmungen, ihre Aktivitäten ins Ausland zu verlagern. Die Ansicht, dass es uns gut geht und nichts mehr gemacht werden müsse, zeugt von einer gewissen Arroganz. Das von der GZA betriebene Standortmarketing ist seit 13 Jahren eine gemeinsame Aktivität für einen grossen, funktionalen Wirtschafts- und Lebensraum. In einem föderalen System ist der gemeinsame Auftritt nach aussen kein einfacher Anspruch. Es dringen immer wieder eigene Interessen durch, was bekanntlich auch zum Ausstieg eines Kantons aus der GZA führte. In den 13 Jahren seit ihrer Gründung musste sich die GZA einem veränderten Umfeld anpassen. Die GZA erkannte den Bedarf nach einer Standortbestimmung und Neuausrichtung und setzt ihn um. Es wurde mehrmals kritisiert, dass die Auswirkungen der Arbeit der GZA nicht bekannt seien. Die GZA stellt konkrete Kontakte mit Firmen her und pflegt diese Kontakte, die zu einer Ansiedlung führen sollen. Dies können die Zahlen der GZA klar belegen. Im Rahmen der Standortbestimmung wurden auch weitere Untersuchungen durchgeführt. Eine sehr interessante und wichtige Untersuchung hat gezeigt, dass es auch messbare Kriterien gibt. Firmen eröffnen heute nicht mehr einfach eine Filiale, sondern sind an Netzwerkstrukturen und Know-how-Austausch mit anderen Firmen im gleichen Tätigkeitsgebiet interessiert. Diese Effekte sind schwierig messbar. Doch es handelt sich um einen Nutzen für unsere Wirt-

*schaftsregion. Es gibt auch induzierte Effekte. Die Mitarbeiter der Firmen zahlen hier Steuern, wohnen hier und beziehen von anderen Firmen Leistungen. Mit der Neuausrichtung hat die GZA auch die Schnittstellen zu den verschiedenen Organisationen geklärt und bereinigt. Die Metropolitankonferenz wurde gegründet, als es die GZA bereits gab, und hat einen anderen Fokus, wie übrigens die Regionalplanung auch. Die Schnittstellen zur Osec und zu kantonalen Wirtschaftsförderungen wurden geklärt. Der Verwaltungsrat wurde praxisnäher ausgestaltet. Dieser soll garantieren, dass die Schnittstellen besser geklärt werden. Ebenfalls wichtig ist die Bündelung und Fokussierung der Aktivitäten. Studien belegen, dass wir im Bereich Cleantech auch im Kontext mit den Bildungsinstitutionen über Potenzial verfügen. Zürich befindet sich als Stadt im Zentrum GZA und dieses Wirtschaftsraumes. Würde die Stadt Zürich nicht mehr in der GZA mitmachen, wäre das ein fatales Signal. Die GZA würde weiterhin existieren, und wir würden als Trittbrettfahrer dastehen. Die Alternative zur GZA würde bedeuten, dass die Standortpromotionen der einzelnen Kantone oder Städte für sich allein arbeiten, unkoordiniert und in Konkurrenz auftreten. Das wäre ineffizient. Zum Postulat der SP: Wir sind bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Methodisch ist die Forderung des Postulats jedoch höchst anspruchsvoll. Wir werden aber uns bemühen, Antworten auf die im Postulat gestellten Fragen zu liefern.*

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Claudia Simon (FDP), Referentin; Vizepräsident Mark Richli (SP), Marc Hohl (FDP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Pawel Silberring (SP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)
Minderheit:	Isabel Garcia (GLP), Referentin; Ruth Anhorn (SVP), Marina Garzotto (SVP), Christina Hug (Grüne), Dr. Thomas Monn (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 54 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing wird für die Jahre 2012 bis 2015 ein jährlicher Beitrag von Fr. 250 000.– ausgerichtet.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 14. März 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 13. April 2012)

8 / 8

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat